

Niedersachsen Liberal

FDP

Niedersachsen

EDITORIAL



Dr. C. Ratjen-Damerau MdB

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

das politische Jahr 2011 ist für uns Niedersachsen vor allem durch die Kommunalwahl am 11. September geprägt. Für uns wird es bei dieser Wahl darauf ankommen, unserer liberalen Politik in Niedersachsen ein Gesicht zu geben und bei den Menschen für unsere politische Arbeit zu werben. **Der persönliche Kontakt zu den Bürgern und den kommunalpolitischen Themen ist entscheidend.**

Mit Ihrer politischen Arbeit in Ihrem Orts- und Kreisverband bilden Sie die Basis für eine erfolgreiche liberale Politik, sowohl bei Ihnen vor Ort als auch in Hannover und Berlin.

Der Landesverband wird Sie deshalb in Ihrem Wahlkampf unterstützen. Hierzu bereiten wir gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden einen Entwurf der kommunalpolitischen Leitlinien vor. Diese wollen wir Ihnen auf unserem Landesparteitag in Braunschweig vorstellen und gemeinsam mit Ihnen diskutieren.

Dort präsentieren wir Ihnen ebenfalls unsere Kommunalwahlkampagne, mit der wir „Herz und Verstand“ ansprechen wollen. Die Kampagne wird Ihnen genügend Freiraum für Ihre Ideen und regionalen Bedürfnisse bieten. Bitte denken Sie daran, Ihre erfolgreichen Aktionen und kreativen Wahlkampfinitiativen auch an die AG Kommunalwahl zu senden. Dadurch profitieren unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in ganz Niedersachsen von Ihren Ideen.

Durch unsere gemeinsame Arbeit werden wir in diesem Frühjahr in Ihren Orts- und Kreisverbänden wichtige Weichen stellen – für eine erfolgreiche Kommunalwahl und eine starke niedersächsische FDP.

Ihre

Christiane Ratjen-Damerau

PARTEI

LANDESVERBAND



Niedersachsen Ein Land voller Energie



Energiepolitik ist im Niedersächsischen Landtag eines der zentralen Themen der Liberalen.

■ **Wir Niedersächsischen Liberale** verfolgen mit unserer Energiepolitik drei Ziele: Wir wollen eine zuverlässige, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung. Mit den Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Umwelt und Klimaschutz sind wir in der Landesregierung bestens aufgestellt, um gemeinsam mit unserer Landtagsfraktion an der Umsetzung dieser Ziele zu arbeiten.

Repowering bei der Windenergie

Niedersachsen hat frühzeitig weitgehende Maßnahmen ergriffen, alternative Energieproduktionen zu erforschen und zu erproben. Es ist deshalb kein Zufall, dass Niedersachsen bei der Produktion erneuerbarer Energien in Deutschland an der Spitze steht. Rund 26 Prozent der in Deutschland erzeugten Windenergie kommt aus unserem

Bundesland und mit Enercon ist ein Auricher Unternehmen Weltmarktführer im Bau von großen Windenergieanlagen. Die Nutzung der Windenergie ist für Niedersachsen bereits heute sowohl aus energie- als auch wirtschaftspolitischen Überlegungen von erheblicher Bedeutung.

Mit ca. 6600 MW der deutschlandweit installierten elektrischen Windenergieleistung ist Niedersachsen führend.



Diese Entwicklung trägt auch zur nachhaltigen Stärkung ehemals strukturschwacher Regionen bei.

► Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.

GESELLSCHAFT

LANDTAG



Schnell und bürgernah ist kein Widerspruch

FDP-Fraktionschef Christian Dürr plädiert für eine Neue Offenheit bei Planungsverfahren.

■ In Stuttgart demonstrieren sie wieder.

Die Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg ist inzwischen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 – dennoch dauert die Diskussion über Großprojekte in Deutschland an.

Wer zu Beginn der Planungsphase des Bahnprojekts



Stuttgart 21 ein Jahr alt war, kann jetzt bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg zum ersten Mal seine Stimme abgeben. Dazwischen liegen 17 Jahre – nahezu eine Generation.

Das Problem, das Bürger und Politik oft miteinander haben, beginnt genau in diesen 17 Jahren. Niemand kann den Fortgang eines Projekts nachvollziehen, das eine Generation dauert und dessen Entwicklung

► Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.

INHALT

PARTEI

01 Ein Land voller Energie
Dr. Philipp Rösler

WIRTSCHAFT & FINANZEN

03 Ministerien
Erdgasförderung hat Tradition
04 Landtag
Sanieren trotz klammer Kassen

UMWELT

03 Ministerien
Liberale Energiepolitik

LANDWIRTSCHAFT

05 Bundestag
Die Zukunft der Landwirtschaft

GESELLSCHAFT

01 Christian Dürr MdL
Schnell und bürgernah
04 Landtag
Reise zu Freunden
05 Bundestag
Sport und Gesundheit
07 Liberale Frauen
Vereinbarkeit von Familie und Beruf
08 Liberale Senioren
Ältere stärker beteiligen

BILDUNG

07 Liberaler Mittelstand
In den Schulen engagieren

GRUNDSATZFRAGEN

06 Stiftung
Zukunftsperspektiven

EUROPA

06 FDP im Europaparlament
Gentechnik und Pressefreiheit

INFRASTRUKTUR

04 Landtag
Weniger Bürokratie
05 Bundestag
Planungsverfahren vereinfachen

KOMMUNALPOLITIK

07 JuLis
Kommunalwahl im Blick
08 VLK
FDP mit neuer Fraktion in Hoya

RUBRIKEN

01 Editorial
02 Danksagung
03 Nachgefragt
04 - 05 Geburtstage
06 Neues aus Europa
07 Website & Surftipps
08 Termine
08 Impressum

DANKSAGUNG



Walter Hirche

Herzlichen Glückwunsch!

Theodor Heuss sagte einmal: „Die FDP braucht nicht Leute, die etwas werden wollen, sondern die etwas sein wollen.“ Mit Walter Hirche trat am 1. Januar 1970 ein Liberaler der FDP bei, der eben nie das Rampenlicht suchte, sich dafür aber umso gewissenhafter für die Menschen einsetzte. Als Landesgeschäftsführer, Landtagsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter, Landesvorsitzender, Ehrenvorsitzender, vierfacher Landesminister und stellvertretender Ministerpräsident prägt er ein großes Kapitel der Geschichte der niedersächsischen Liberalen.

Vor zwei Jahren zog sich unser Ehrenvorsitzender unter dem Motto „68er gehören nicht in die Politik“ mit einem Augenzwinkern von seinen Ämtern als stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen zurück. Doch von Ruhestand kann bei Walter Hirche keine Rede sein: Schon einige Wochen nach seinem Abschied aus der aktiven Politik übernahm er den Senatsvorsitz der GISMA Business School Hannover und wurde Vorsitzender des Aufsichtsrates der NGlobal GmbH. Daneben führt er weiter das Amt des Präsidenten der deutschen UNESCO-Kommission aus, in das er schon 2002 berufen wurde.

Seine politische Arbeit ist damals wie heute geprägt von Leidenschaft für die Liberale Sache, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Wir niedersächsischen Liberalen freuen uns, mit Walter Hirche einen so erfahrenen und engagierten Liberalen in unseren Reihen zu haben.

Die FDP-Niedersachsen sagt: „Alles Gute zum 70. Geburtstag, viel Freude und gute Gesundheit, lieber Walter!“

„Niedersachsen ein Land voller Energie“ Fortsetzung von Seite 1



Der Ausbau der Windenergie im Binnenland ist nach Auffassung der FDP Niedersachsen allerdings an seine Grenzen angelangt. Ein weiterer massiver Ausbau findet bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr die erforderliche Akzeptanz. Zu begrüßen ist hingegen das sog. Repowering, also das Ersetzen älterer Anlagen durch neue leistungsfähigere. Es ist Aufgabe der kommunalen Planungsträger hierfür die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Planungskorrekturen bei Biogas

Die energetische Nutzung von Biogas verursacht durch staatliche Förderungen erhebliche Verzerrungen in der Landwirtschaft. Auf diese Fehlentwicklungen muss Politik reagieren. Mit einer Bundesratsinitiative der Landesregierung wollen wir die Einspeisevergütung für Biogasanlagen bei Bestandsschutz für bestehende Anlagen vorzeitig abschmelzen. Ähnliche Marktverwerfungen entstehen durch Subventionierung von Photovoltaikanlagen und führen damit letzten Endes zu finanziellen Belastungen für die Verbraucher. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger müssen nach Auffassung der FDP Niedersachsen in jedem Fall maßgeblich berücksichtigt werden.

Dank der langen Tradition im Bereich der Erdöl- und Erdgasförderung besitzt unser Bundesland exzellente Erfahrungen bei dieser Form der Energiegewinnung und ist daher bestens gerüstet, die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Mit nachhaltigen Rahmenbedingungen werden wir den vielen hochqualifizierten und innovativen Unternehmen in unserem Bundesland bestmögliche Entwicklungschancen bieten.



Unser Land steckt voller Energie und dies wollen wir fördern.

In den nächsten Wochen werden wir zudem unseren Entwurf für eine niedersächsische Energiepolitik weiterentwickeln, um einen sicheren und effektiven Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu garantieren. ■

Dr. Philipp Rösler
Bundesminister für
Gesundheit



Dr. Philipp Rösler

„Schnell und bürgernah ist kein Widerspruch“ Fortsetzung von Seite 1

zum Teil hinter verschlossenen Türen erfolgt.

Bürger sind nicht per se mit Politik unzufrieden. Sie sind unzufrieden, wenn sie Verfahren nicht mehr nachvollziehen können.

Die Politik wollte keine Planungsmauer zwischen sich und den Bürgern errichten. Im Gegenteil: Ihr ging es um gerechte Lösungen. Sie wollte mit einem detaillierten Planungsrecht Verfahren gerechter machen. Im Ergebnis hat die Politik jedoch die Verfahren aufgebläht, so dass am Ende nur eine Scheingerechtigkeit erreicht wurde. Sie hat eine komplexe Gegenwart mit noch komplexeren Verfahren überfrachtet und die Bürger ratlos zurückgelassen.

Schneller, transparenter, offener

Infrastrukturprojekte müssen wieder bürgernäher werden – das gilt für Großprojekte wie Stuttgart 21 genauso wie für den Bau von Ortsumgehungen in Niedersachsen.

Wir brauchen eine Bürgerphase mit klar definierten und nachvollziehbaren Einflussmöglichkeiten der Bürger.

Niedersachsens Landesumweltminister Hans-Heinrich Sander ging mit gutem Beispiel voran, und informierte die Öffentlichkeit über das Übliche hinaus über Entscheidungen zur Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Dies zeigt: Politik kann in der Planung sowohl Transparenz als auch Berechenbarkeit herstellen. Und es gibt weitere Möglichkeiten:

Schneller prüfen:

Viele Planungsverfahren werden durch Doppelprüfungen unnötig in die Länge gezogen. Solche Doppelstrukturen lassen sich abbauen. Schnell und bürgernah ist kein Widerspruch.

Transparenter planen:

Wir sollten darüber nachdenken, das Mediationsverfahren stärker zu nutzen. Eine konstruktive Schlichtung bringt mehr als Erörterungstermine, bei denen lediglich schon bekannte Informationen ausgetauscht werden.



Christian Dürr MdL

Offener informieren:

Stehen die Informationen wirklich dort, wo der Bürger sie wahrnimmt und sind sie verständlich? Abhilfe kann eine einfachere und transparenter gestaltete Verwaltung schaffen. Das Internet kann hier eine valide Informationshilfe für die Bürger und eine geeignete Plattform für die Behörden sein.



Der aktuellen Vertrauenskrise ist nicht allein mit der Forderung nach mehr Bürgerentscheiden beizukommen, wie SPD, Grüne und Linke meinen. Die Antwort auf die Unzufriedenheit vieler Bürger liegt in einer neuen Offenheit von Regierungen, Parlamenten und Verwaltungen. „Was wir brauchen, sind nicht so sehr Wutbürger, die Dampf ablassen. Entscheidender für unser Gemeinwesen sind Staatsbürger, die mitgestalten, sich mit anderen austauschen und Kompromisse mittragen.“ So hat es Bundespräsident Christian Wulff gesagt und er hat vollkommen recht.

Passen Großprojekte noch in das 21. Jahrhundert?

Hätte es vor über 50 Jahren das Wirtschaftswachstum in Deutschland gegeben, wenn die „Wutbürger“ damals schon auf die Straße gegangen wären? In der Debatte geht es nicht allein um Demokratiepolitik, es geht auch darum, wie wir in den nächsten Jahrzehnten leben wollen. Eine wettbewerbsfähige Industrie benötigt eine moderne und funktionierende Infrastruktur. Der Wutbürger kostet uns Wohlstand. Die Frankfurter Rundschau fragte: „Passen Großprojekte überhaupt noch in das europäische 21. Jahrhundert, in dem kein Wirtschaftswunder und nicht einmal mehr nennenswerte Wachstumsraten zu erwarten sind?“ Die richtige Frage hätte lauten müssen: „Auf welchem Weg können wir für uns und die folgenden Generationen ein ökologisches und nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzeugen?“ ■

Christian Dürr MdL, Fraktionsvorsitzender



Erdgasförderung hat in Niedersachsen Tradition – Keine Panik vor dem Erdgas!

Die Diskussionen um die Sicherheit unserer heimischen Erdgasförderung drehen sich oft um die Zweifel an der Frac-Technologie.

■ Erdgas aus Niedersachsen

Die Erdgasförderung in unserem Land blickt auf eine über 50jährige Tradition zurück. Sie findet weltweit höchste Anerkennung für die Sicherheits- und Umweltstandards.

Mehr als 90% der Erdgasförderung in Deutschland stammen aus Niedersachsen.

Das entsprach im vergangenen Jahr einer Fördermenge von rund 13,8 Mrd. m³ Erdgas. Deshalb bedeutet Erdgasförderung in Niedersachsen zunächst einmal Versorgungssicherheit. Außerdem haben hier viele tausend Menschen ihren Job und es fließen jährlich mehrere Millionen Euro aus der Förderabgabe in den Landeshaushalt.

Wie sicher ist die Frac-Technologie?

Warum wird derzeit die Erdgasförderung diskreditiert und bestimmte Verfahren verteufelt? Im Mittel-



punkt steht sicherlich die Befürchtung, dass es bei Anwendung der Frac-Technologie in Niedersachsen zu Unfällen mit weitreichenden Grundwasserverunreinigungen kommen könnte.

Als Frac-Technologie wird ein Verfahren bezeichnet, bei dem unter hohem hydraulischem Druck künstliche Risse in tief liegenden Gesteinsformationen erzeugt werden, um eine wirtschaftliche Erdgasförderung zu ermöglichen. In Nieder-

sachsen wurden seit dem erstmaligen Einsatz der Frac-Technologie vor über 30 Jahren ca. 160 hydraulische Bohrlochbehandlungen (Fracs) an ca. 90 Bohrungen durchgeführt. In dieser Zeit kam es zu keiner Verunreinigung von Grundwasser oder anderen Unfällen, die aus der Anwendung der Frac-Technologie resultieren. Wenig verwunderlich, denn zwischen Frac und grundwasserführenden Schichten liegen oft mehrere tausend Meter Gestein.

30 Jahre Anwendung, kein Unfall – dennoch sind die Vorbehalte teilweise enorm.

Was muss also geschehen? Politik, die genehmigenden Behörden, aber auch die Unternehmen müssen mehr er- und besser aufklären – das gilt nach Stuttgart21 übrigens für alle Planvorhaben in Deutschland. Denn vor dem Unbekannten hat man Angst und Vorbehalte. Wenn man aber pro und contra abwägen kann und die Fakten auf dem Tisch liegen, schafft das Sicherheit. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. ■

Jörg Bode MdL

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Jörg Bode MdL



Hans-Heinrich Sander MdL

Energie aus Biomasse – warum das EEG geändert werden muss

Für MdL Hans-Heinrich Sander ist deutlich geworden, dass die Grenzen des Zuwachses von Biogasanlagen erreicht sind.

der Artenvielfalt ist diese Entwicklung kritisch zu betrachten.

Aus diesen Gründen müssen das EEG reformiert und die bestehenden Vergütungsregelungen überarbeitet werden. Am 17.12.2010 hat die Niedersächsische Landesregierung auf meinen Vorschlag eine Initiative zur Anpassung der Vergütungsstruktur des EEG in den Bundesrat eingebracht. Die wirtschaftlichen Grundlagen bestehender Anlagen genießen dabei Bestandsschutz. Investitionen, die im Vertrauen auf bestehende gesetzliche Regelungen getätigt wurden, dürfen nicht durch rückwirkende Änderungen in Frage gestellt werden. Niedersachsen möchte bis 2020 ein Viertel seines Endenergieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien decken. Neben der Windenergienutzung spielt dabei auch die Energiegewinnung aus Biomasse eine wichtige Rolle. Ziel unserer Bundesratsinitiative ist daher, eine Effizienzsteigerung bei der Nutzung von Biomasse und eine Verringerung



der Konkurrenzsituation um Anbauflächen zu erreichen. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungsmittelindustrie erhalten und mögliche Schäden an Natur und Umwelt vermieden werden.

Es erhöht sich der Druck, die großen Effizienzpotenziale der Biogastechnologie verstärkt zu realisieren.

Daneben wollen wir dafür sorgen, dass sich der weitere Biogasausbau

noch stärker auf die Nutzung landwirtschaftlicher Nebenprodukte wie Gülle, Futterreste oder Stroh stützt. Durch die noch zu erwartende große Effizienzsteigerung bei der Biogaserzeugung und die Entwicklung neuer Energiepflanzen wird die erforderliche Acker- und Grünlandfläche deutlich geringer anwachsen. ■

Hans-Heinrich Sander MdL
Niedersächsischer Minister für Umwelt und Klimaschutz



Erneuerbare Energien

Der Begriff „erneuerbare Energien“ (auch regenerative Energien) bezeichnet Energien, die aus unerschöpflichen oder sich selbst erneuernden Quellen gewonnen werden. Zu den sogenannten unerschöpflichen Energiequellen zählen insbesondere Wasserkraft, Geothermie sowie Wind- und Sonnenenergie. Unter den selbst erneuernden Energiequellen werden nachwachsende Rohstoffe wie zum Beispiel Biogas, Bioethanol und Holz gefasst. Je nach Quelle stehen diese erneuerbaren Energien in Form von Strom, Wärme oder Kraftstoffen (Bioethanol) zur Verfügung.

In Deutschland werden erneuerbare Energien seit 2000 mit der Einführung des „Gesetzes für den Vorrang erneuerbarer Energien“ (EEG) besonders gefördert. Dieses Gesetz wurde 2007 durch das „Biotreibstoffquotengesetz“ und 2009 durch das „Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich“ (EEWG) ergänzt.

Die EU schreibt darüber hinaus in ihrer „EU-Richtlinie zu den erneuerbaren Energien“ vom 29. April 2009 ihren Mitgliedsstaaten vor, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiegesamtverbrauch innerhalb der EU auf 20% erhöhen.

Die niedersächsische Landesregierung bietet zum Themenkomplex der „erneuerbaren Energien“ eine Internetseite an, die



Sie mit allen Informationen zu diesem spannenden Themenkomplex versorgt.

<http://www.erneuerbare-energien-niedersachsen.de>



GEBURTSTAGE

Januar

- 01.01.1930 Ingetraud Nassua**
81 Jahre Aurich
- 01.01.1931 Yousef Yassine**
80 Jahre Lüchow-Dannenberg
- 02.01.1924 Gerold Koppermann**
87 Jahre Oldenburg-Land
- 04.01.1920 Ursula Gaebler**
91 Jahre Gifhorn
- 04.01.1927 Erich Menkens**
84 Jahre OL-L
- 07.01.1918 Karl-Heinz Petzold**
93 Jahre Bentheim
- 10.01.1927 Heinz Müller**
84 Jahre Oldenburg-Land
- 11.01.1926 Werner Hüls**
85 Jahre Lüneburg
- 14.01.1928 Helmut Alberts-Mansholt**
83 Jahre Leer
- 15.01.1925 Horst Schulze**
86 Jahre Celle
- 16.01.1931 Walter Dietrichkeit**
80 Jahre Hameln
- 16.01.1926 Helmut Koop**
85 Jahre Diepholz
- 21.01.1930 Heinz Delventhal**
81 Jahre Region Hannover
- 23.01.1931 Guenter Suhr**
80 Jahre Oldenburg-Land
- 27.01.1926 Werner Petermann**
85 Jahre Oldenburg-Land
- 27.01.1931 Rolf Sandkuhl**
80 Jahre Diepholz
- 31.01.1923 Heinz-Herman Lammers**
88 Jahre Celle
- 31.01.1929 Ilse Meyer-Bohl**
82 Jahre Harburg-Land
- 31.01.1924 Rudolf Thiel**
87 Jahre Hildesheim

Februar

- 01.02.1925 August Grothey**
86 Jahre Göttingen
- 01.02.1922 Hilda Jürgens**
89 Jahre Diepholz
- 02.02.1929 Ursula Ruether**
82 Jahre Oldenburg-Land
- 02.02.1926 Jürgen H. Schürmann**
85 Jahre Harburg-Land
- 03.02.1925 Gundula Klages**
86 Jahre Braunschweig
- 04.02.1925 Alwine Kasubke**
86 Jahre Goslar
- 05.02.1924 Christian Schmidt-Prestin**
87 Jahre Osterholz
- 08.02.1923 Ursula Wiechert**
88 Jahre Verden
- 12.02.1926 Eva Derge**
85 Jahre Celle
- 13.02.1930 Dr. Friedrich Theodor Hruska**
81 Jahre Göttingen
- 17.02.1921 Heinz Junger**
89 Jahre Diepholz
- 18.02.1915 Gerold Fischer**
95 Jahre Oldeburg
- 19.02.1917 Annalise Diers**
93 Jahre Oldenburg

WIRTSCHAFT & FINANZEN



Christian Grascha MdL

■ Das Gebäude der Bundespolizei in Bad Bergzabern: Minus 43%. Die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel in Kiel: Minus 42%. Ein Pool aus Bundesliegenschaften in Hamburg: Minus 37%.

Energiespar-Contracting zahlt sich aus.

In Hamburg, Kiel und Bad Bergzabern lagen die Einsparungen bei den Energiekosten bei deutlich über einem Drittel der bisherigen Gesamt-

Sanieren trotz klammer Kasse

Christian Grascha MdL sieht im Contracting eine Chance für die FDP-Fraktion Niedersachsen.

summe. Die FDP-Fraktion sieht im Contracting auch ein Modell für Niedersachsen – auch bei uns im Land kann saniert und gespart werden.

Wie funktioniert Contracting?

Private Energiedienstleister planen, finanzieren und realisieren die Modernisierung eines oder mehrerer Gebäude. Das Unternehmen wird an den eingesparten Energiekosten beteiligt: Trotz großer Haushaltszwänge wird in die öffentlichen Gebäude investiert, der Auftraggeber profitiert von den niedrigeren Energiekosten und der Wert der Immobilien steigt durch die Sanierung. Mit Energiespar-Contracting werden nicht nur die öffentlichen Haushalte

entlastet. Es werden auch Ressourcen und das Klima geschützt. Beispiel Hamburg: Durch die Sanierung der Bundesliegenschaften werden fast 670 Tonnen CO₂ im Jahr eingespart.

Was gilt für Niedersachsen?

Auf Initiative der FDP gibt es im Niedersächsischen Landtag dazu nun einen Antrag der Regierungsfaktionen. Darin bitten FDP und CDU die Landesregierung u.a., eine Prioritätenliste der Gebäude zu erstellen, die für das Contracting-Modell in Frage kommen. Dabei soll auch die Möglichkeit einer Poollösung geprüft werden, in der Liegenschaften zusammengefasst wür-

den. Ziel ist es, mindestens ein Modellprojekt zum Energiespar-Contracting auszuschreiben.

Privat vor Staat – das kann auch im Gebäudemanagement sinnvoll sein.

In Niedersachsen werden wir jetzt prüfen, ob private Unternehmen öffentliche Gebäude wirtschaftlicher sanieren können als die öffentliche Hand. Ob Hochschulen, Theater, Krankenhäuser oder Verwaltungsgebäude – von dem Modell könnten viele profitieren. ■

Christian Grascha MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

GESELLSCHAFT

Eine Reise zu Freunden

Hans-Werner Schwarz MdL besuchte mit dem Parlamentspräsidium Israel.

■ **Parlamentsvizepräsident Hans-Werner Schwarz** ist in seinem politischen Leben schon viel gereist. Die Reise des Parlamentspräsidiums im Herbst wird ihm aber besonders in Erinnerung bleiben. Israel. „Die Eindrücke hatten eine ganz eigene Intensität und Emotionalität“, erzählt Schwarz. „Viele Erlebnisse haben mich persönlich stark mitgenommen.“

Der Diepholzer berichtet von einem Treffen in Haifa mit zwei Überlebenden des Holocaust: „Einer von ihnen ist Ehrenbürger der Stadt Diepholz, der jetzt in Haifa lebt. Er hat Unvorstellbares auf deutschem Boden erlebt. Dennoch empfindet er keinen Hass. Er will ein friedliches Miteinander zwischen Israelis und Deutschen. Und er wirbt für Verständnis.“ In Yad Vashem legte das Präsidium einen Kranz nieder. „Der

Holocaust soll im Gedächtnis aller Deutschen bleiben“, sagt Schwarz, „in Yad Vashem kann man fühlen, dass er um jeden Preis im Gedächtnis bleiben muss.“ Eine Reise nach Israel ist keine normale Reise, es ist eine Reise zu Freunden.

Die Öffentlichkeit begegnet Reisen von Parlamentariern auch mit Skepsis. Bei dieser Reise war das nicht so. Hans-Werner Schwarz ist nicht überrascht: „Wir brauchen Verständnis für die verschiedenen Positionen im Nahen Osten, weil es Auswirkungen auf Westeuropa und damit auch direkt auf uns in Niedersachsen hat.“

Man braucht das ganze Bild über die Region. Es ist ein Bild, das aus Extremen besteht und doch zu einem Ganzen wird.

Auf der einen Seite gebe es die laut Schwarz „teilweise unerträglichen“ Spannungen zwischen Israel und den Palästinensern. Auf der anderen Seite finde man Hightech im Bereich der Molekularbiologie an der Hochschule von Haifa.

„Wir freuen uns, dass Ihr kommt. Wir wollen, dass Ihr kommt“, sagen die Gastgeber. Es wird weitere Reisen niedersächsischer Delegationen nach Israel geben. Elie Wiesel hat gesagt: „Das Gegenteil von Erinnerung ist nicht Vergessen, es ist Gleichgültigkeit.“ Diese Reise hat niemanden gleichgültig gelassen. ■

Hans-Werner Schwarz MdL
Landtagsvizepräsident



Hans-Werner Schwarz MdL

EHRUNG

Der Bundesverband der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker hat Parlamentsvizepräsident Hans-Werner Schwarz geehrt. Schwarz bekam eine Urkunde für seine 30-jährige kommunale Tätigkeit. Die Ehrung nahm der Landesvorsitzende Dr. Thomas Schulze beim traditionellen Entenessen der Liberalen in Twistringen vor. Schwarz ist Stadtrat der Stadt Diepholz seit 1980. Zudem war er sechs Jahre lang ehrenamtlicher Bürgermeister, Fraktionsvorsitzender im Kreisrat und erster stellvertretender Landrat im Kreis Diepholz.

INFRASTRUKTUR



Roland Riese MdL

■ **FDP und CDU** haben sich seit der Regierungsübernahme in Niedersachsen weniger Bürokratie auf

Weniger Bürokratie in der Bauordnung

Roland Riese MdL über die Balance von Deregulierung und Sicherheitsstandards.

die Fahnen geschrieben. Mit der geplanten neuen Niedersächsischen Bauordnung halten wir an dem Kurs fest.

Die Bauherren bekommen mehr Eigenverantwortung.

Wir haben die Bauordnung in vielen Bereichen dereguliert und bürokratische Hemmnisse aus dem Weg geräumt. So lässt sich in Zukunft das vereinfachte Genehmigungsverfahren wesentlich leichter anwenden. Einzelne Verpflichtungen über bauliche Standards bei Mehrfamilien-

häusern wurden gestrichen. Das wird aber nicht die Sicherheit beeinflussen. Strittig war der verpflichtende Einbau von Rauchmeldern. Sie müssen nun in Zukunft generell eingebaut werden. ■

Roland Riese MdL



Dr. Lutz Knopek MdB

Liberaler Sportpolitik mit umfassendem Ansatz

Für MdB Dr. Lutz Knopek hat Sportpolitik mehr Facetten als die Unterstützung von Athleten.

■ **Sportpolitik** ist ein wichtiges gesellschaftliches Querschnittsthema, welches weit über die Unterstützung deutscher Athleten bei den olympischen Spielen hinausgeht.

Sport und Gesellschaft

Als Obmann der FDP-Fraktion im Sportausschuss des Bundestages setze ich mich aktiv dafür ein, die integrative Kraft des Sports in allen Gesellschaftsschichten zu nutzen. Der Sport kann bei der Integration von Menschen mit körperlichen und

geistigen Behinderungen entscheidend helfen, die überfällige gesellschaftliche Integration dieser voranzutreiben und Barrieren abzubauen.

Sport und Gesundheit ist für mich ein weiteres Schwerpunktthema.

Im Januar wurde im Sportausschuss auf meine Initiative hin zum ersten Mal überhaupt das Thema „Sport und Krebs“ behandelt. Ein geeignetes Sportangebot hilft den Krebspatienten, ihre zum Teil sehr belastenden Therapien besser zu überstehen und

leichter in ein aktives, lebenswertes Leben zurückzufinden. Das gilt ganz besonders für Menschen, die unheilbar an Krebs erkrankt sind.

Sport und Umwelt

Als Umwelt- und Sportpolitiker haben die Auswirkungen sportlicher Aktivitäten auf unsere Umwelt und den Klimawandel für mich natürlich eine große Bedeutung. Besonders erfreulich war für mich als Niedersachse, dass unser Landessportbund am 17. Januar in Frankfurt vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) im Wettbewerb „Kli-

maschutz im Sportverein“ in der Kategorie Sportverbände für den nachhaltigen und ressourcenschonenden Neubau des Sportinternates in Hannover mit dem zweiten Platz geehrt wurde.

Am 6. Juli 2011 entscheidet das IOC in Durban, ob München die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 ausrichten darf. Wir drücken die Daumen! Leider haben sich die „Grünen“ gegen die Olympischen Spiele ausgesprochen. Damit kündigen die „Grünen“ eine lange Tradition der sportpolitischen Gemeinsamkeit über die Parteigrenzen hinweg. Sie sind damit gegen die ökologischsten Spiele aller Zeiten! ■

Dr. Lutz Knopek MdB



Michael Goldmann MdB

Die Zukunft der Landwirtschaft beginnt

MdB Michael Goldmann plädiert für Vernunft und Verantwortung in der Landwirtschaft.

■ **Im Agrarland Nr. 1** werden die Themen meines Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für jeden einzelnen von uns zentrale Bedeutung haben: gutes Essen, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, saubere Luft, gemeinsame Agrarpolitik sowie Verbraucherschutz.

Grüne Woche war ein Erfolg

Die Internationale Grüne Woche in Berlin hatte Besucherrekord und brachte mir Höhepunkte in Punkto Händeschütteln und Fußleplattlaufen. In vielen, interessanten Gesprächen stellte ich fest, dass wir mit unseren Positionen Verbraucherbildung und unternehmerische Freiheit auf eine große Zustimmung stoßen. Ein rücksichtsvoller und verantwortungsbewusster Umgang mit den Tieren, mit dem Boden, der Luft und

dem Wasser besonders auch mit den Nachbarn muss zwingend tagtäglich verwirklicht werden.

Die Verantwortung übernehmen

Wir müssen vernünftig und sensibel mit hoch geputzten Skandalen umgehen. Wussten Sie, dass Sie über einen ganzen Monat täglich zwei Eier verzehren müssen, um Ihren Picogrammgehalt (ein Billionstel Gramm) von 10,0 auf 10,336 je Gramm Körperfett zu erhöhen? Also,

vernünftig bleiben und miteinander unterschiedliche Produktionsansätze der Landwirtschaft ausgestalten.

Nicht „Öko statt Konventionell“ ist die Antwort, sondern das verantwortliche und unternehmerische Handeln der Bauern.

Wir sollten uns die Freude an unserer politischen Arbeit und an gutem Essen aber auch an unserer Kulturlandschaft mit Flora- und Faunavielfalt erhalten. Viel Erfolg im Wahlkampf und guten Appetit. ■

Michael Goldmann MdB

Planungsbeschleunigung der deutschen Wirtschaft

MdB Patrick Döring will Deutschland auf dem Weg aus der Krise stärken.

■ **Der Export brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt.** Die in Folge der Finanzkrise lahrende Wirtschaft ist auf dem besten Weg der Genesung. Das ist auch ein Erfolg der christlich-liberalen Koalition, die den Haushalt durch eine echte Sparpolitik saniert – und nicht durch immer neue Steuererhöhungen, wie die Opposition sie fordert.

Jetzt den Aufschwung stabilisieren

Angesichts noch immer beträchtlicher Wachstumsrisiken ist aber auch klar: Wir sind noch nicht über dem Berg. Sowohl die Unternehmen als auch die Politik müssen

weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um den Aufschwung zu stärken, die Nachfrage in Deutschland beleben und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft weiter zu verbessern.

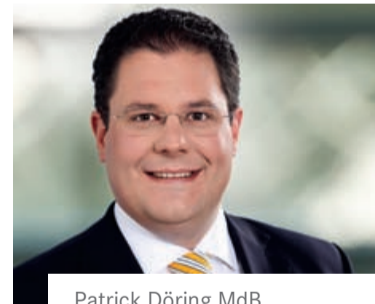
Einfache Verfahren und weniger Bürokratie beschleunigen staatliche und private Projekte.

Um den derzeitigen Aufschwung zu stabilisieren und unser Land für Investitionen aus dem In- und Ausland interessanter zu machen, müssen Investitionshemmnisse beseitigt und

Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Der Standort Deutschland wird attraktiver und Wachstumsimpulse erzeugt.

Das Investitionsbeschleunigungsgesetz.

Ein Eckpunktepapier für dieses Gesetz hat die FDP-Fraktion im Januar vorgelegt. Dabei darf Deregulierung nicht zur Ordnungslosigkeit ausarten: Wir bekennen uns, gerade als Liberale, zu der ordnenden und schützenden Funktion des Staates für die Menschen und ihre Umwelt. Mit dem Gesetz wollen wir Arbeitsplätze sichern und den Wohlstand unseres Landes erhalten. Dabei geht es z.B. um eine Straffung des Verfahrensrechts, die Vermeidung von Doppelprüfungen und eine länderübergreifende Infrastrukturplanung. Wir werden aber auch über



Patrick Döring MdB

mehr Bürgerbeteiligung sprechen müssen. Spätestens Stuttgart 21 zeigt uns, dass die Planungsverfahren nicht mehr den Ansprüchen unserer Gesellschaft genügen. Durch mehr Transparenz und Beteiligung erhöhen wir die Akzeptanz von Großprojekten, ermöglichen eine qualitative Verbesserung der Vorhaben und reduzieren zugleich das Potential für politische und juristische Konflikte. ■

Patrick Döring MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzender

20.02.1926 Adolf Muschner
84 Jahre Hameln

21.02.1928 Wilhelm Demann
82 Jahre Northeim

22.02.1930 Otto Wulff
80 Jahre Harburg-Land

23.02.1928 Magdalene Bruns
82 Jahre Hameln

23.02.1925 Günther Francke
85 Jahre Northeim

24.02.1930 Heinrich Rodewald
80 Jahre Gifhorn

25.02.1930 Heinrich Niermann
80 Jahre Osnabrück-Land

25.02.1915 Ommo Ommen
95 Jahre Friesland

27.02.1928 Helga Gratz
82 Jahre Diepholz

März

01.03.1930 Brigitte Ahrmann
80 Jahre Oldenburg-Land

02.03.1927 Alexander Weber
83 Jahre Wesermarsch

03.03.1929 Edith Schlueter
81 Jahre Oldenburg-Land

03.03.1922 Hanna Szonn
88 Jahre Diepholz

04.03.1924 Klaus Ammermann
86 Jahre Wesermarsch

05.03.1924 Wolfram Frankenberg
86 Jahre Region Hannover

05.03.1930 Siegfried Preugschat
80 Jahre Region Hannover

09.03.1927 Heinz Grethe
83 Jahre Region Hannover

09.03.1930 Christa Oehlmann
80 Jahre Uelzen

10.03.1926 Günther Scheele
84 Jahre Soltau-Fallingb.ostel

12.03.1930 Erika Rauhut
80 Jahre Region Hannover

12.03.1930 Helga Schöning
80 Jahre Oldenburg-Land

12.03.1927 Willi Wulf
83 Jahre Osnabrück-Land

13.03.1929 Hans Niekamp
81 Jahre Region Hannover

16.03.1924 Doris Weinhold
86 Jahre Cuxhaven

16.03.1925 Isolde von der Dovenmühle
85 Jahre Oldenburg-Land

21.03.1930 Andreas Dallmann
80 Jahre Northeim

22.03.1920 Manfred Lehde
90 Jahre Friesland

24.03.1930 Heinrich Bramkamp
80 Jahre Bentheim

24.03.1930 Helmut Engelbart
80 Jahre Nienburg

25.03.1927 Günther Brinkmann
83 Jahre Hameln

25.03.1922 Elisabeth Moje
88 Jahre Cuxhaven

29.03.1927 Karl Asche
83 Jahre Stade

31.03.1925 Fritz-Günter Marx
85 Jahre Hameln

31.03.1927 Ernst A. Peters
83 Jahre Diepholz

NEUES AUS EUROPA

Alle Augen in Europa richten sich auf Ägypten

Ermuntert durch die erfolgreichen Demonstrationen in Tunesien und mit Hilfe moderner Kommunikationsnetze wie Twitter und Facebook formierte sich eine Massendemonstration, die Mubaraks Präsidentenstuhl zum Wanken gebracht hat.

In Europa schauen wir gebannt auf die Bildschirme und verfolgen die Meldungen aus Ägypten. Alle spüren, dass dies eine weltpolitische Entwicklung von historischer Bedeutung ist. Dennoch traute sich in den europäischen Regierungen zunächst niemand so richtig, Stellung zu beziehen.

30 Jahre lang war Ägypten unter Mubaraks Führung verlässlicher Verbündeter Europas - darum wurde auch über undemokratische Prozesse und Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen. **Jetzt ist der Augenblick für Europa gekommen, zu zeigen, dass wir es mit unseren Werten ernst meinen.** Wir erfreuen uns bereits seit einem halben Jahrhundert der Freiheit und Demokratie. Nun kämpfen die Menschen in der arabischen Welt ebenfalls dafür.

Gerade für uns Liberale sind leise Aufmunterungsparolen an die Demonstranten in Ägypten nicht genug.

Daher hat die liberale Fraktion im Europaparlament eine Resolution verfasst, die zur Einhaltung der Grund- und Menschenrechte in Ägypten aufruft und einen Regierungswechsel fordert.

Die jüngsten Entwicklungen werden allerdings die Flüchtlingsströme aus Afrika weiter verstärken. Dabei ist ein solidarisches Handeln der Mitgliedsstaaten gefordert.

Gesine Meißner
MdEP



Gesine Meißner MdEP

Kritische Themen im EU-Parlament: Gentechnik und Pressefreiheit

Gesine Meißner setzt sich in allen Bereichen für die liberalen Interessen ein.

Änderung der Richtlinie über den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO)

Der Mitte vergangenen Jahres von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf wird derzeit federführend im Umweltausschuss des Europaparlaments (ENVI) und mitberatend im Landwirtschaftsausschuss (AGRI) bearbeitet.

Neu ist die Möglichkeit der Mitgliedsstaaten, den Anbau von GVO zu beschränken oder zu verbieten.

Mitgliedsstaaten dürfen Anbaubeschränkungen allerdings nicht mit Umwelt- oder Gesundheitsrisiken begründen. Solche Risiken werden bereits beim Zulassungsverfahren auf europäischer Ebene geprüft.

Der Kommissionsvorschlag wurde allgemein kritisch aufgenommen. Die juristischen Dienste des Rates und des Parlaments bezweifelten, dass er mit den WTO-Regeln und den Bestimmungen zum europäischen Binnenmarkt vereinbar ist. Der AL-

DE-Berichterstatter im AGRI, George Lyon, befürchtet ebenfalls einen Flickenteppich an Anbaubestimmungen in der EU. Er schlägt vor, die Anbaubeschränkungen an weitere Bedingungen zu knüpfen, um die Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit zu verankern. Er möchte festlegen, dass Mitgliedsstaaten Anbaubeschränkungen mindestens drei Monate vor Beginn der Vegetationsperiode veröffentlichen und umsetzen, damit die Landwirte eine gewisse Planungssicherheit haben.

Diskussion um Ungarns Mediengesetz

Die für die digitale Agenda zuständige liberale Kommissarin Neelie Kroes hatte am 20. Januar Ungarn schriftlich aufgefordert, vor allem die Passagen im Mediengesetz zu ändern, die gegen die EU-Richtlinie zum audiovisuellen Medienwesen verstoßen. Die ungarische Regierung erklärte, dass sie an ihrem Mediengesetz festhält, aber bereit ist, mögliche technische Nachbesserungen zu erörtern.

Wir Liberale sind entschiedene Verfechter von Presse- und Meinungsfreiheit, die auch verbindliches EU-Recht ist.

Das ist enttäuschend, denn Hauptkritikpunkte - Einschränkung der Pressefreiheit und ein Medienrat, der für 9 Jahre nur aus Mitgliedern der Regierungspartei Fidesz besteht - bleiben davon voraussichtlich unberührt. Sollte es zu keiner Einigung kommen, kann die Kommission gegen Ungarn ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof einleiten.

Gesine Meißner MdEP

GRUNDSATZFRAGEN

Zukunftsperspektiven liberaler Inhalte und Politik

Grundsatzfragen werden zur Diskussion gestellt.

■ „Ohne jeden theoretischen Unterbau“ schwebt die Neoliberalismuskritik wie eine Wolke kondensierter moralischer Empörung hoch über einer unbegriffenen gesellschaftlichen, weltgesellschaftlichen Wirklichkeit.“ (Wolfgang Kersting, Über die Schwierigkeiten des Liberalismus, geliebt zu werden)

Liberalismus ist nicht gleich Kapitalismus

Der Liberalismus ist im Wettbewerb der Systeme wiederholt als Sieger hervorgegangen und kann sich doch über seine Erfolge nicht freuen. In bisher jeder Wirtschaftskrise

wurde der Untergang des Liberalismus - meist als „Kapitalismus“ oder gar „Neoliberalismus“ beschimpft - prophezeit. So ist es wenig verwunderlich, dass auch im Umfeld der Wirtschafts- und Finanzkrise schnell der sog. Turbokapitalismus bzw. Casinokapitalismus als Schuldiger identifiziert wurde. Doch beruht dieses Urteil auf einer sachlichen und nüchternen Analyse oder, wie Wolfgang Kersting meint, auf einer moralischen Empörung ohne Bezug zur Wirklichkeit?



Die Rudolf von Bennigsen Stiftung möchte gemeinsam mit Ihnen über die Stärken und Schwächen des Liberalismus diskutieren.

Wir veranstalten deshalb in diesem Jahr in ganz Niedersachsen Podiumsdiskussionen zu den Themen Demokratie und Bürgerbeteiligung, Energie und Umwelt, Ordnung der Märkte, Demografischer Wandel und Bildung.

Zentrale Fragen aus liberaler Perspektive betrachten

Dabei wollen wir die Fragen erörtern, wie der Liberalismus die Herausforderungen einer globalisierten Welt

bewältigen kann. Wie kann etwa eine liberale Umwelt- und Gesellschaftspolitik aussehen? Was kann der Markt leisten und wo liegen seine Grenzen? Besteht wirklich ein Gegensatz zwischen Marktwirtschaft und Umweltschutz oder lässt sich der Umweltschutz über marktwirtschaftliche Prinzipien nicht sogar besser umsetzen? Wie können Wirtschafts- und Finanzkrisen in Zukunft verhindert werden?

Wir wollen Sie einladen zur Diskussion und freuen uns auf einen kritischen Dialog. ■

Mehr über die Veranstaltungen erfahren Sie unter:
www.freiheit.org
Rufen Sie uns einfach an
0511-16999710 oder schreiben Sie uns eine Mail
Sylvia.Bruns@freiheit.org

■ STIFTUNG

Frederich Naumann
STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Lebensbedingungen werden in den Kommunen gestaltet

Dr. Silke Fricke geht es um die Zufriedenheit von Frauen und die Berufstätigkeit von Müttern.



■ **Frauen** und ihre Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind ein aktuelles Thema. Selbst bei Politikern, die solche Themen bislang als „Gedöns“ abge-

tan haben. Grund genug, mit Blick auf die Kommunalwahl den Frauen auch an dieser Stelle ein paar Gedanken zu widmen.

Ein Blick auf die Statistik zeigt: Noch Anfang der neunziger Jahre fand jede vierte Frau im Westen Deutschlands, dass diese Gesellschaft gerecht sei. Inzwischen meint das nur noch jede zehnte. Eine internationale Langzeitstudie der Universität Düsseldorf kommt zu dem Ergebnis, dass bei westdeutschen Paaren das egalitäre Rollenverständnis immer dann ins Wanken gerät, wenn sie Kinder bekommen. Waren die Mütter vor der Geburt des ersten Kindes zu 86 % erwerbstätig, verzichten sie nach und nach auf ihren Beruf. Beim

zweiten Kind arbeiten nur noch 38 % von ihnen. Kein Wunder, wenn Kinderbetreuung vielerorts Mangelware ist.

In keinem Land geben Frauen so oft ihre Arbeit auf wie in den alten Bundesländern.

Die Frage, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen Kinderbetreuung angeboten wird, wird maßgeblich in der Politik, und da vor allem auf kommunaler Ebene, bestimmt. Die Feststellung, je kleiner die Stadt und je ländlicher die Region ist, desto seltener sind Frauen in politischen Entscheidungsgremien vertreten, gilt auch für Niedersachsen. Hier arbeiten



Dr. Silke Fricke

in den kommunalen Gremien im Schnitt 24,2 % Frauen. Das müssen wir ändern.

Politik ist auf den weiblichen Blickwinkel angewiesen.

Nicht nur, aber vor allem in den Kommunen, wo eben grundlegende Weichen für die Lebensbedingungen gestellt werden. ■

Dr. Silke Fricke
Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Niedersachsen

JuLis Niedersachsen: Kommunalwahl im Blick

Niklas Drexler blickt mit Spannung auf den Wahltag im September.

■ **2011** sorgt nicht nur angesichts der Landtagswahlen in fünf Bundesländern für Spannung. Auch in Niedersachsen wird am 11. September gewählt – 46 Landkreise und kreisfreie Städte sowie Hunderte Städte und Gemeinden erhalten neue Parlamente.

Eigene Inhalte ...

Auch der Vorstand der Jungen Liberalen Niedersachsen hat auf seiner Winter-Klausurtagung die Weichen für den Herbstwahlkampf gestellt. Mit einem eigenen Kommunalwahlprogramm, das zum Beispiel in den

Bereichen Generationengerechtigkeit, Jugendpolitik, Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung Schwerpunkte setzt, wollen die JuLis eine Grundlage für die Beratung des FDP-Wahlprogramms beim kommenden Landesparteitag in Braunschweig schaffen.

... und eine eigene Kommunikation!

Darauf aufbauend werden die JuLis auch diesmal mit eigenen Werbemitteln und Aktionen für liberale Kommunalpolitik werben. Wie schon in vergangenen Wahlkämp-

fen tourt der Landesverband durch Niedersachsen und steht jungen Wählern Rede und Antwort. Vor allem aber hoffen die JuLis, dass die FDP ihrem Ruf als aufgeschlossene und frische Partei wieder gerecht wird und mit vielen jungen Kandidaten auf den örtlichen Listen ins Rennen geht.

Das Kommunalwahlprogramm soll beim kommenden Landeskongress am 2./3. April in Osnabrück beschlossen werden, zu dem wir Interessierte herzlich einladen. Dort wählen die JuLis Niedersachsen dann auch einen neuen Vorstand. ■



Niklas Drexler

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage:
www.julis-niedersachsen.de.

Niklas Drexler
Mitglied im Landesvorstand der JuLis Niedersachsen

Mittelständische Unternehmer engagiert vor Ort

Für den Liberalen Mittelstand ist die Verstärkung der Bildungsbemühungen eine der wichtigsten Aufgaben für Politik und Gesellschaft.

Unternehmen brauchen gute Schüler

Der sich abzeichnende Fachkräftemangel macht konsequentes Handeln aller Beteiligten notwendig. Angesichts der schwachen Leistungen vieler Schulabgänger, haben bereits heute Unternehmen wie beispielsweise der TÜV Hannover und die Conti AG Schwierigkeiten, geeignete Nachwuchs-Führungskräfte zu finden.

Wir Mittelständler wollen deshalb die Politik bei dieser Aufgabe unterstützen und Verantwortung im Bildungsbereich übernehmen. Wir fordern daher alle Unternehmer auf:

- ihre Schulen vor Ort zu unterstützen,
- gemeinsam mit den Schulen Projekte zu entwickeln,
- und die Schülerinnen und Schüler für das Lernen zu begeistern.

Ein Gewinn für beide Seiten

Von dieser Kooperation zwischen Schulen und Unternehmern profitieren alle Beteiligten. Den Schülerinnen und Schülern eröffnen wir durch eine solche Zusammenarbeit einen direkten Bezug zum Arbeitsleben und können ihnen an konkreten Beispielen verschiedene Perspektiven aufzeigen. Die mittelständischen Unternehmer lernen gleichzeitig mögliche Auszubildende frühzeitig kennen und können

diese während der Schulzeit begleiten. Die Herausforderungen liegen für uns Unternehmer direkt vor der Haustür: Wir können uns also direkt vor Ort engagieren. ■

Unsere nächste Veranstaltung:
29.03.2011 Mitgliederversammlung

www.liberaler-mittelstand.org

Neues aus Westsibirien

Dem Berliner Autoren Holger Schäfer scheint in der Hauptstadt vieles russisch vorzukommen: „Die kommunistische Partei jedenfalls regiert schon. Und mit noch ein paar Jahren großer Koalition machen wir vermutlich bald auch Maiparaden, auf denen wir bunte Fähnchen schwenken müssen.“ Sein Blog folgt dem Motto „liberal, analytisch und polemisch“ und enthält viele lesenswerte Serien wie „Doofe Politikerideen“. Fazit: Westsibirien, das ist zumindest manchmal tatsächlich hier in Deutschland.

<http://neues-aus-westsibirien.de/>

Wirtschaftliche Freiheit

In diesem ordnungspolitischen Blog engagieren sich zahlreiche Volkswirtschaftler aus ganz Deutschland. Initiator ist der Würzburger Professor Norbert Bertold, der gemeinsam mit vielen seiner Kollegen für Freiheit und Marktwirtschaft wirbt und vor Interventionismus und Etatismus warnt.

<http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/>

Freilich

„Gegensätzliches mit Gegensätzlichem geheilt“ – Contraria contrariis curantur – dieses auf Hippokrates zurückgehende Motto nimmt eine Gruppe Schweizer Blogger, zum Anlass, um kritisch aktuelle Themen zu beleuchten. Dabei haben die Autoren eine Leidenschaft gemeinsam, sie lieben den Liberalismus.

<http://www.freilich.ch/blog/>

WEBSITE & SURFTIPPS

TERMINE

Termine der Friedrich-Naumann- und Rudolf von Bennigsen Stiftung

- **Liberalismus und Lebenschancen**
06.03.2011
DORMERO Hotel Hannover
Hannover
- **Demografischer Wandel**
- handlungsoptionen für kleine Kommunen
12.03.2011
PRECISE WESERBERGLAND
Stadtoldendorf
- **Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!**
19.03.2011
Bremen
- **Rhetorik in Bremen**
19.03.2011
Star Inn Hotel Bremen
- **Strategisches Planen Rastede**
19.03.2011
AkademieHotel Rastede
- **Strategisches Planen Emden**
20.03.2011
- **Lesung mit Michael Jürgs: „Die Jäger des Bösen“**
04.04.2011
Buchhandlung Leuenhagen & Paris, Hannover
- **Der Untergang der islamischen Welt**
Professor Abdel Samad
14.04.2011 19:00
- **„Wachstum“**
03.05.2011
Bremer Presse-Club e.V.
Bremen

Termine der FDP

- **67. Ordentlicher Landesparteitag**
09./10. April 2011
in Braunschweig
- **3. Kreisgeschäftsführertreffen**
13. April 2011
im Niedersächsischen Landtag
- **62. Ordentlicher Bundesparteitag**
13.-15. Mai 2011
in Rostock
- **Außerordentlicher Bundesparteitag**
zum Grundsatzprogramm
12. November 2011
in Hessen

GESELLSCHAFT

Ältere stärker beteiligen!

Gerd-Dietrich Tiefensee setzt auf die Potenziale der Älteren.



■ **Unsere Gesellschaft** braucht die Potenziale der Älteren und die Älteren wollen gern ihre Kenntnisse und Erfahrungen der Allgemeinheit anbieten.

Weite Teile unserer Gesellschaft funktionieren nur, weil viele ihrer Aufgaben von Älteren ehrenamtlich erledigt werden.

Jeder Dritte der 60- bis 70jährigen und immer mehr über 70jährige haben ein Ehrenamt inne oder sind bürgerschaftlich tätig. In Bereichen wie Sport und Bewegung, Kirche und Religion, Soziales mit Pflege und Betreuung, Freizeit und Kultur

sind viele Ältere freiwillig und unentgeltlich tätig und halten sie so am Laufen. Diese Aktivitäten stärken das Selbstbewusstsein und entsprechen dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstständigkeit.

Die Gesellschaft des langen Lebens.

Dank der gestiegenen Lebenserwartung und der größeren Leistungsfähigkeit bis ins hohe Alter haben wir es – so der 6. Altenbericht der Bundesregierung – mit einer Gesellschaft des langen Lebens zu tun. Dies verlangt nicht nur, das Alter und das Altern differenziert zu betrachten, sondern auch in allen Lebensabschnitten eine aktive soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Teilhabe zu ermöglichen. Neben den vielen privaten Initiativen geht dies im öffentlichen Bereich vor allem die Kommunen an, die auf ihrer Ebene die meisten Berührungspunkte zu älteren Menschen haben.



Gerd-Dietrich Tiefensee

Die Kommunen können das Potenzial der Älteren aktiv einsetzen.

Es bietet sich an, Interessensvertretungen für Ältere einzurichten, die frei von Vorgaben ihre Themen selbst bestimmen und erforschen und auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen. In den Kenntnissen und Erfahrungen älterer Menschen liegen enorm viele Werte, die nur darauf warten, im Anspruch genommen zu werden. ■

Gerd-Dietrich Tiefensee
Landesvorsitzender
der Liberalen Senioren

■ VEREINIGUNG LIBERALER KOMMUNALPOLITIKER IN NIEDERSACHSEN E.V.

KOMMUNALPOLITIK

FDP mit neuer Fraktion in Hoya

Jörg Hille, VLK-Geschäftsführer, freut sich über den liberalen Wahlerfolg in Hoya.

■ Während in ganz Niedersachsen die liberalen Mandatsträger und -anwärter die Kommunalwahl am 11. September 2011 vorbereiten, meldet der FDP-Ortsverband in der Samtgemeinde Grafschaft Hoya (www.fdp-grafschaft-hoya.de) bereits einen Wahlerfolg. Nach der Fusion der Samtgemeinden Eystrup und Hoya zur neuen SG Grafschaft Hoya (Landkreis Nienburg/Weser) wurde am 7.11.2010 ein neuer gemeinsamer Samtgemeinderat und -bürgermeister gewählt.

Bei der Wahl des Rates erreichte die FDP zwei Mandate und somit den Fraktionsstatus.

Bisher waren die Liberalen nur mit einem Mandat im Rat der SG Eystrup vertreten. Neben Petra



(v.l.n.r.) Die FDP-Ortsverbandsvorsitzende Beatrix Alhusen freute sich über das hervorragende Abschneiden des von der FDP unterstützten parteilosen Bürgermeisterkandidaten Detlef Meyer. In den Rat der neuen Samtgemeinde Grafschaft Hoya wurden Petra Ahnemann und Christoph Steinborn gewählt.

Ahnemann (Hämelhausen), die „wiedergewählt“ wurde, konnte der 24jährige FH-Student Christoph

Steinborn (Hoya) neu in den Rat einziehen. Er übernimmt in der neuen Fraktion den Vorsitz.

Bei der Bürgermeisterwahl erreichte der von der FDP unterstützte Kandidat Detlef Meyer im ersten Wahlgang 47% und im zweiten Wahlgang sogar 75% der Stimmen (nach Änderung des Wahlgesetzes war dies auch die letzte Stichwahl niedersachsenweit). Am 3. Januar 2011 trat Meyer, der zuvor hauptamtlicher Bürgermeister der Nachbargemeinde Heemsen war, sein neues Amt an.

In der Vorbereitungsphase der Wahl, im Wahlkampf selbst und in der Nachbereitung, inklusive Sondierungs- und Koalitionsgesprächen, konnte die VLK wichtige Erkenntnisse erzielen, die allen VLK-Mitgliedern und den Gliederungen der FDP im anstehenden Kommunalwahlkampf in aufbereiteter Form zur Verfügung stehen. ■

Jörg Hille
Geschäftsführer
der VLK Niedersachsen
vlk@joerghille.de
www.vlk-nds.de



Vereinigung Liberaler
Kommunalpolitiker
in Niedersachsen e.V.

IMPRESSUM



Freie Demokratische Partei
Landesverband Niedersachsen
Walter-Gieseke-Str.22
30159 Hannover
V.i.S.d.P.: Dr. Christiane
Ratjen-Damerau

Eine aktuelle Anzeigenpreisliste schicken wir Ihnen gerne zu.

Telefon **0511 - 280 71-0**
Telefax **0511 - 280 71-25**
E-Mail **nds@fdp.de**
Internet **www.fdp-nds.de**
Auflage **7.200 Exemplare**

Grafik inpur, Hamburg
www.inpur.de

Druck altmann-druck GmbH
Berlin-Köpenick

Fotos
FDP Bundestagfraktion (3 Stück)
FDP Fraktion Nds. (7 Stück)
FDP Landesverband Nds. (7 Stück)
FDP im Europ. Parlament (1 Stück)
Screenshot: www.erneuerbare-energien-niedersachsen.de

Bildnachweis
Seite 1: © Casarsa - iStockphoto
Seite 1-3: © Maliketh - iStockphoto
Seite 1+2: © urbancow - iStockphoto
Seite 1+2: © nao - iStockphoto
Seite 2: © westphalia - iStockphoto
Seite 3: © ssuaphoto - iStockphoto
Seite 3: © Zocha_K - iStockphoto
Seite 6: © FrankyDeMeyer - iStockphoto
Seite 6: © peepo - iStockphoto
Seite 7: © Yuri_Arcurs - iStockphoto
Seite 8: © STEVECOLLECCS - iStockphoto